

„Europa: europäischer und globaler Maßnahmenplan. Neue Möglichkeiten für die Parlamente nach der Osterweiterung der Europäischen Union“

**Beitrag von Professor Longin Pastusiak, Präsident des polnischen Senats, auf der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten
Den Haag, 2. - 3. Juli 2004**

Wie sich in der Vergangenheit mehrfach gezeigt hat, kann die menschliche Vorstellungskraft nicht immer mit der Wirklichkeit Schritt halten. Die Geschichte hält für uns Überraschungen bereit und stellt uns vor vollendete Tatsachen, die wir uns im Vorhinein nicht hätten ausmalen können. Es gibt Zeiten, in denen der Verlauf der Geschichte von Sprunghaftigkeit geprägt ist, aber es gibt auch Zeiten, in denen ihr Fortgang von der Fähigkeit des Menschen abhängt, nach dem Unmöglichen zu streben und die Grenzen der Fantasie zu durchbrechen. Im Bewusstsein dieser Grenzen erfreuen und berühren mich viele Begebenheiten, die sich im Verlauf der letzten zwölf Jahre auf dem europäischen Kontinent zugetragen haben, umso mehr. Was niemand für möglich gehalten hatte, wurde Wirklichkeit. Wer zu Beginn der achtziger Jahre prophezeit hätte, dass Polen und andere ost- und südeuropäische Staaten im Jahr 2004 der Europäischen Union beitreten würden, noch dazu als Mitglieder der NATO, wäre als unseriöser Fantast betrachtet worden. Doch genau das ist am 1. Mai 2004 geschehen, und es beweist, dass der Fatalismus der Geschichte überwindbar ist, und dass Beharrlichkeit und der Wille zur Veränderung etwas bewirken können. Das Streben des Menschen, sein Planen und Träumen, ist aus einer Konfrontation mit der Geschichte als Sieger hervorgegangen.

Dieser Erfolg hat viele Väter, ist jedoch vor allem den Bürgern jener Länder zu verdanken, die ihr politisches und ökonomisches System verändert haben. Es war ein schwieriger Prozess, der Entschlossenheit und Opferbereitschaft erforderte. Budapest 1956, Prag 1968, dann der kometenhafte Aufstieg von „Solidarität“ 1980 und schließlich der Fall der Berliner Mauer – all das ist der Standhaftigkeit der einfachen Menschen geschuldet, und sie sind die wahren Helden von heute. Sie sind es, die aus der neuen Wirklichkeit den eigentlichen Nutzen ziehen sollten. Wir als Parlamentarier – insbesondere jene unter uns, die aus den neuen Mitgliedsländern der EU kommen – sollten uns dessen erinnern und darauf hinarbeiten, dass breite Schichten der Gesellschaft von den Vorteilen der Mitgliedschaft in der EU profitieren können. Zu dem erfolgreichen Wandel in Ost- und Mitteleuropa haben nicht nur Politiker und Millionen Bürger beigetragen, sondern auch Intellektuelle und geistliche Führer. Dabei denke

ich vor allem an Papst Johannes Paul den Zweiten, der mit seiner Konsequenz, seiner Autorität, seiner Entschiedenheit und seinem Glauben, dass der große Traum von der Einheit Europas noch zu unseren Lebzeiten wahr werden kann, zweifelsohne zur Einheit unseres Kontinents beigetragen hat.

Der schottische Denker Thomas Carlyle hat einmal gesagt: „Glücklich das Volk, dessen Seiten in den Geschichtsbüchern leer bleiben“. Wie glücklich ist demzufolge das Europa von heute! Wir haben hier eine Gemeinschaft europäischer Völker, die ein neues Kapitel mit vielen, vielen noch zu füllenden Seiten aufschlägt. Dies gilt nicht nur für die neuen, sondern auch für die alten EU-Mitglieder, für die diese Herausforderung nicht kleiner ist als für die Beitrittsländer. Die Gemeinschaft, die wir zu errichten im Begriff sind, beruht auf einem Verantwortungsbewusstsein, das schon der Leitspruch aus den „Drei Musketieren“ von Alexandre Dumas zum Ausdruck bringt: „Einer für alle, alle für einen“. Wir müssen uns ganz deutlich bewusst machen, dass dieser Ausruf nicht nur eine Worthülse sein darf. Die von Wettbewerb, Globalisierung und modernen Volkswirtschaften geprägte Welt von heute stellt Europa vor Herausforderungen, die kein Land allein meistern kann. Folglich kommt es zu Integrationsversuchen, die letztlich nichts anderes sind als das Streben nach allseitigen Vorteilen aus einer erweiterten Zusammenarbeit.

In Europa, dem Wegbereiter der modernen Integration, ist man sich voll und ganz darüber im Klaren, was innerhalb der Gemeinschaft zu tun ist, wenn Europa eine führende Stellung in der Weltwirtschaft einnehmen und Vorreiter in Sachen Demokratie, Toleranz und Zusammenarbeit sein will. Es ist richtig, wenn wir glauben, dieser Aufgabe gerecht werden zu können, aber wir müssen gut darauf vorbereitet sein. In diesem Zusammenhang wird von Experten auf die Notwendigkeit verwiesen, dass Europa zu den USA aufschließen müsse, wo die Wirtschaft wesentlich dynamischer ist als bei uns.

Die als „Lissabonner Strategie“ bekannte und vom Europäischen Rat im März 2000 in Lissabon beschlossene Initiative bietet eine Chance, diese Herausforderung zu meistern. Welch große Bedeutung die Europäische Union dem Erfolg dieser Maßnahme beimisst, zeigte sich schon bald nach dem Beschluss auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Stockholm, als auch jene Staaten, die damals lediglich einen Antrag auf Mitgliedschaft stellten, aufgefordert wurden, sich an der Realisierung der Lissabonner Strategie zu beteiligen. Rufen wir uns ins Gedächtnis, dass sich die EU in Lissabon zum Ziel setzte, bis zum Jahr

2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Sie vergaß aber auch nicht die Notwendigkeit zum Schutz der Umwelt, eine außerordentlich wichtige Aufgabe für uns und für künftige Generationen gleichermaßen.

Bedauernswerterweise zeichnet sich die Lissabonner Strategie vorläufig durch ein Missverhältnis zwischen Theorie und Praxis aus. Europa ist zu einem effektiven Wettbewerb mit der amerikanischen Wirtschaft nicht in der Lage, und die wirtschaftliche Dynamik insgesamt lässt viel zu wünschen übrig. Darüber hinaus bedürfen die auf dem Sondergipfel von Lissabon verabschiedeten Empfehlungen selber einer Nachbesserung. Ihre praktische Ausführung wird dadurch nicht einfacher. Zudem kann trotz aller Integrationsvorteile nicht behauptet werden, dass die Strategie von allen Seiten vorbehaltlos unterstützt würde. Dies kam in der Rede des portugiesischen Staatspräsidenten Jorge Sampaio auf dem Europäischen Wirtschaftsgipfel, der vom 28. bis zum 30. April 2004 in Warschau stattfand, deutlich zum Ausdruck. Er sagte nämlich: „Wir haben zwar eine Gemeinschaftswährung, aber unterschiedliche Interessen. Jeder Politiker, der auf dem Brüsseler Flughafen landet, fragt sich doch: ‚Wie kann ich für mein Land so viel wie möglich herauschlagen?‘, statt sich die Frage zu stellen: ‚Was kann ich für Europa tun?‘“. Kann ein solches Modell der Zusammenarbeit für Europa eine schützende Barriere gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA, die aufstrebende Wirtschaftsmacht China oder andere wachstumsstarke Länder Südasiens bilden? Auch mit dieser Frage sollten sich die Parlamentarier befassen, und sie sollten bestrebt sein, unter den Ländern Europas ein möglichst hohes Maß an politischer Übereinstimmung herzustellen. Das bedeutet keine Abweichung vom Weg der europäischen Integration, also dem Weg zur tatsächlichen Selbständigkeit aller Beteiligten und zur Differenzierung auf den verschiedenen Ebenen. Ich möchte Sie noch einmal an die Notwendigkeit zur Übereinstimmung erinnern. Es gibt die uralte Redensart *e pluribus unum*, einer von vielen. Auch von diesem Grundsatz sollten wir uns leiten lassen, obgleich die Wortwahl nicht bei jedem auf Gegenliebe stoßen wird, weil sie in viele US-Münzen eingestanz ist...

Was die USA betrifft, so glaube ich, dass Europa die Partnerschaft und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten so weit wie möglich ausbauen sollte. In vielen Bereichen ist ein

Konkurrenzkampf gar nicht notwendig. Viele Probleme lassen sich gemeinsam lösen. Die transatlantischen Beziehungen sind für uns außerordentlich wichtig, weshalb wir unser Augenmerk auf das richten sollten, was uns verbindet. Bislang haben wir uns zu sehr auf strittige Belange konzentriert. Für Europa ist die politische Zusammenarbeit mit den USA vor allem im Bereich Verteidigung unerlässlich. Es gibt heute kein Land, das es mit dem militärischen Potenzial der USA aufnehmen kann und gleichermaßen schnell zum militärischen Eingreifen in der Lage ist. Darüber hinaus sind die USA eine Macht, die dem internationalen Terrorismus die Stirn bieten kann. Diese Haltung bedeutet nicht, dass wir die Rolle Amerikas als „Weltpolizist“ akzeptieren oder den von Washington an den Tag gelegten Unilateralismus gutheißen. Vielmehr ist es richtig, auf die Selektivität und den Partikularismus des amerikanischen Handelns und auch die vielen Fehler der US-Regierung hinzuweisen. Dennoch ist nach wie vor die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass wir an diesem Zustand eine Teilschuld tragen, weil wir uns zuweilen für den Weg der Konfrontation statt für den Weg der größtmöglichen Zusammenarbeit entscheiden. Die Lage im Irak wäre sicher nicht so dramatisch, wenn sich die internationale Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit an der Suche nach Lösungsmöglichkeiten beteiligte. Deshalb müssen wir uns vom eigentlichen Ziel und nicht von flüchtigen Animositäten leiten lassen.

Gestatten Sie mir, kurz auf die wirtschaftlichen Herausforderungen und das Gleichziehen mit der wirtschaftlichen Dynamik in den USA zurückzukommen. Die Statistik spricht schonungslos gegen uns. Den amerikanischen Unternehmen stehen wesentlich flexiblere Mittel zur Verfügung, mit deren Hilfe sie sich schnell an veränderte Rahmenbedingungen anpassen und im Konkurrenzkampf bestehen können. In den USA sind 66,1% der Erwachsenen erwerbstätig. In Frankreich liegt dieser Anteil bei 55,8%, in Griechenland bei 51%. Sowohl die Kündigungsfristen als auch die Zeit, die Arbeitslose für die Suche nach einer neuen Stelle benötigen, sind in den USA wesentlich kürzer als in Europa. In Europa sind fast doppelt so viele Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert wie in den USA. Es liegt mir fern, die unbestreitbar wichtige Rolle der Gewerkschaften zu leugnen, aber hier und da kommt es leider vor, dass sie eine effektive Restrukturierung verhindern oder Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität schwerwiegend beeinträchtigen. Auch die Arbeitslosenquote ist in Europa insgesamt höher als in den USA, obwohl die Zahlen in einzelnen Ländern niedriger sind. In den 15 Mitgliedstaaten vor der Osterweiterung lag die Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 bei durchschnittlich 8% gegenüber 6% in den USA. Diese Zahl hat sich nach dem Beitritt der 10 neuen Mitglieder weiter verschlechtert. Die genannten

Faktoren stellen für die europäische Wirtschaft eine Belastung dar, die ein Aufholen gegenüber den USA schwierig werden lässt.

Beim Nachdenken über die Vorteile einer wirtschaftlichen Liberalisierung müssen wir natürlich den gesamteuropäischen sozialen *Acquis* berücksichtigen. Wir müssen uns aber auch fragen, ob wir uns die Beibehaltung aller sozialen Errungenschaften leisten können. Viele Länder – Deutschland, Großbritannien, auch Polen – haben diese Frage für sich bereits mit „nein“ beantwortet. Diese Antwort birgt enorme soziale Belastungen und zieht einen außerordentlich schwierigen Rückführungsprozess nach sich, dessen Erfolg auch davon abhängt, inwieweit das Anspruchsdenken der Bevölkerung verändert werden kann. Und hier sehe ich eine Aufgabe für die Parlamente: Sie müssen eine kluge Abgrenzung zwischen wirtschaftlichen Vorteilen und gesellschaftlichen Kosten vornehmen und versuchen, diese zwei Aspekte miteinander in Einklang zu bringen. Darüber hinaus darf auch hier die Theorie gegenüber der Praxis nicht die Oberhand gewinnen; die Parlamentarier müssen über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis wachen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs. Auf einer Amerikareise in den Jahren 1830/31 wollte sich Alexis de Tocqueville mit den Institutionen des Landes und der Lebensweise seiner Bewohner vertraut machen. Nach seiner Rückkehr sprach er in den höchsten Tönen von der Vielzahl der Institutionen, von der Fähigkeit der Amerikaner zur Gründung von Vereinigungen und von ihrem Geschick bei der Verknüpfung von Einzelinteressen mit jenen der Gesellschaft. Nun sind das natürlich keine rein amerikanischen Erfindungen, aber die Amerikaner vermochten sie praktisch und nicht zuletzt in großem Stil anzuwenden. Heute bilden diese Elemente, beispielsweise das Subsidiaritätsprinzip, das Fundament der Europäischen Union und funktionieren zum Nutzen aller Völker großartig. Vielleicht sollten heute wir einen de Toqueville in die USA schicken, dieses Mal einen Wirtschaftswissenschaftler, um herauszufinden, ob unsere Wirtschaft aus den Erfahrungen der Amerikaner Nutzen ziehen könnte.

In der heutigen Zeit gehen die Probleme, mit denen sich die Parlamente auseinander zu setzen haben, weit über die nationalen Grenzen hinaus. Wer sich politischer oder wirtschaftlicher Autarkie verschreibt, findet sich letzten Endes in der gleichen Lage wie Kuba oder Nordkorea wieder. Die Welt verändert sich vor unseren Augen, und wenn wir uns diesem Wandel nicht stellen, wird er über kurz oder lang mit all seinen Problemen, die ungeachtet der

geographischen Entfernung auch unsere Probleme sind, an unsere Tür klopfen. Während die Welt von heute schrumpft, gewinnen ihre Probleme nicht nur an Raum, sie werden auch größer. Durch die Weiterentwicklung der Kommunikationstechnik sowie die Mobilität von Menschen und Ideen ist die Welt kleiner geworden, und sowohl die Menschen für sich als auch ganze Nationen sind wirtschaftlich und kulturell und auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit immer stärker aufeinander angewiesen. Deshalb müssen wir uns den Aufgaben zuwenden, die sich aus der weltweiten Verbreitung der Menschheitsprobleme von heute ergeben. In der Vergangenheit gab es selbst in Zeiten größter Katastrophen und wirtschaftlicher Not immer auch Gegenden, die nicht bedroht waren. Heute können wir uns dessen nicht mehr sicher sein – wir können einfach nicht mehr sagen, es gehe uns nichts an. Die wirtschaftlichen Probleme Argentiniens sind auch die Probleme Europas, die von islamischen Fundamentalisten ausgehende Bedrohung ist auch eine Bedrohung für Europa, und die ehrgeizigen Atomprogramme bestimmter Länder oder die AIDS-Epidemie in Afrika sind auch eine Gefahr für Europa.

Das klingt ein wenig nach Chaostheorie oder so, als würde man sagen, das Flügelschlagen eines Schmetterlings im Amazonasgebiet könne ein Erdbeben in Asien auslösen. Nur: Wir können uns kein Chaos leisten. Wir müssen mit allen Mitteln danach streben, die Welt in Ordnung zu bringen und sie mit bestimmten Merkmalen der Vorhersehbarkeit auszustatten. Das ist eine *sine-qua-non*-Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Zivilisation. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schien es, als würden alle Länder mit echter Zusammenarbeit beginnen. Das Gegenteil ist eingetreten – die Probleme haben sich verschärft, neue Grenzen sind entstanden. Zu Beginn der 1990er Jahre bezeichnete Francis Fukuyama das Ende des Kalten Krieges als „Ende der Geschichte“. Es wurde jedoch rasch klar, dass sich die Geschichte statt dessen mit dem Wiederaufflammen althergebrachter, historischer Spannungen und internationaler Konflikte wiederholte. Die einzige Lösung für dieses Problem liegt in der Schaffung einer neuen Weltordnung, und wir, die Europäer, sollten uns daran beteiligen.

Für die Welt von heute ist es charakteristisch, dass Vereinigungen wie etwa internationale Organisationen zunehmend Rollen übernehmen, die eigentlich traditionell dem Staat vorbehalten waren. Die Europäische Union ist das beste Beispiel dafür. Aus diesem Grund muss die Hauptrolle bei der Lösung globaler Probleme verschiedenen Organisationen vorbehalten sein, die stellvertretend handeln und mit echter Exekutivgewalt ausgestattet sind,

was die Anwendung militärischer Gewalt einschließt. Die besten Voraussetzungen für die Ausarbeitung einer neuen Weltordnung bringt die UNO mit, doch bedauerlicherweise ist die UNO gegenwärtig selbst reformbedürftig. Es könnte sein, dass Europa die Debatte über die Rolle der Vereinten Nationen anstoßen und die nötigen Veränderungen vorantreiben muss.

Ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der Welt muss im Aufbau regionaler Sicherheitssysteme bestehen. Bislang werden die Anforderungen an ein solches System lediglich von der NATO erfüllt. In anderen Teilen der Welt, die weniger stabil als Europa sind, fehlen derartige Strukturen. Durch den Aufbau regionaler Sicherheitssysteme wird die Sicherheit aller Länder der Welt gewährleistet. Darüber hinaus sollten die Parlamente alle inländischen Maßnahmen dieser Art unterstützen, denn es darf nicht vergessen werden, dass der Aufbau einer neuen Weltordnung weder die Schaffung einer neuen Supermacht noch die Sanktionierung einer alten bedeutet.

Die von mir erwähnten Probleme betreffen die gesamte Menschheit, auch wenn sie von Land zu Land zweifelsohne unterschiedlich empfunden werden und die von ihnen ausgehende Bedrohung in den einzelnen Ländern sicher unterschiedlich wahrgenommen wird. Sofern alle Beteiligten guten Willens sind – aber das ist möglicherweise zuviel verlangt –, lassen sich die dargestellten Probleme auf zwei Arten lösen:

1. Regionaler Ansatz. Eine koordinierte Anstrengung auf kommunaler und regionaler Ebene, mit der globale Gefahren schrittweise ausgeschaltet werden. Diese Vorgehensweise könnte man als regionalen oder „Inselansatz“ bezeichnen. In dessen Rahmen ließen sich beispielsweise in einer Region nach und nach gemeinsame Sicherheits- oder atomwaffenfreie Zonen einrichten, die dann Grundlage für die Entwicklung eines universellen Sicherheitssystems oder für die völlige Abschaffung von Atomwaffen auf der Erde und im Weltraum sind. Eine weitere Möglichkeit wäre unter anderem die Errichtung gemeinsamer Naturschutzgebiete.

2. Globaler Ansatz. Auf internationaler Ebene geschlossene Abkommen über Teil- oder Vollabrüstung, Umweltschutz, Einführung vertrauensbildender Maßnahmen usw. werden von allen Beteiligten zeitgleich umgesetzt.

Es hat keinen Sinn darüber zu streiten, welcher der zwei Ansätze der bessere ist. Beide sind gut, wenn das angestrebte Ziel erreicht wird, auch wenn es sich dabei nur um ein Teilziel handelt. Allerdings muss man sich bei jedem der zwei Ansätze über den Umfang der gemeinsamen Bedrohung und über die Notwendigkeit im Klaren sein, die Bedrohung mittels koordinierter Maßnahmen abzuwenden oder auszuschalten. Dafür benötigen wir ein globales Bewusstsein, mit dessen Hilfe wir die Regierungen einzelner Staaten zu globalen Maßnahmen bewegen können.

Die hier angestellten Überlegungen geben die anstehenden Probleme in aller Kürze wieder und sollen aufzeigen, dass es für die Parlamentarier keinen Mangel an Arbeit gibt. Die damit verbundenen Aufgaben sind zu einem Großteil globaler Natur; sie betreffen Gefahren und Herausforderungen in der Welt von heute. Aber wir können nicht überall sein. Deshalb sind unsere Handlungsmöglichkeiten zumeist auf die regionale Ebene begrenzt.

Damit kommen wir zu dem Grundsatz, von dem sich jedes Parlament in seinen Handlungen leiten lassen sollte: Lokal handeln im Sinne der von unseren Fähigkeiten bestimmten Anforderungen, aber global denken im Sinne der Anforderungen des 21. Jahrhunderts.